

Protokoll

Zeit: 14:10 Uhr – 17:15 Uhr
Ort: Konferenzzentrum im Ludwig Erhard Haus

Vorsitz: Präsident Dr. Eric Schweitzer

Anwesend: Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder und Gäste.

Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)
Christian Wiesenhütter (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)
Melanie Bähr (stellvertretende Hauptgeschäftsführerin)
Katja Steinbrück
Vesna Mokorel Kalusa (Protokollführerin)

Tagesordnung:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 16. September 2015**
- TOP 2: Kooptationen**
- TOP 3: Arbeitsprogramm 2016**
- TOP 4: Finanzen der IHK Berlin: Haushaltsentwicklung 2015, Wirtschaftsplan 2016 und mittelfristiges Erfolgsszenario, Wirtschaftssatzung 2016**
- TOP 5: Regularien**
- TOP 6: Aktuelle Themen**
- TOP 7: Verschiedenes**

Vor Eintritt in die Tagesordnung kündigt **Herr Dr. Schweitzer** der Vollversammlung an, dass er sein Mandat als IHK-Präsident in der nächsten Vollversammlungssitzung am 14. März 2016 niederlegen wird. Dabei lässt er sich von der Überlegung leiten, dass die Zeit seiner Präsidentschaft mit der Vollversammlungswahl 2017 enden wird und er das Amt rechtzeitig in die Hände eines Nachfolgers legen möchte. Für ihn war dies keine leichte Entscheidung,

denn er hat das Präsidentenamt immer mit großer Freude und großem Verantwortungsgefühl bekleidet. Aus diesem Gefühl der Verantwortung heraus ist es ihm auch wichtig, diese Aufgabe an einen guten Nachfolger zu übergeben, der authentisch und glaubwürdig als IHK-Präsident gegenüber den Mitgliedern und der Politik auftreten kann. Deswegen wird er als seine Nachfolgerin Frau Dr. Beatrice Kramm, Vizepräsidentin der IHK Berlin, vorschlagen. Er freut sich sehr, dass sich Frau Dr. Kramm bereit erklärt hat zu kandidieren. Sie ist promovierte Juristin, Familienunternehmerin und eine Kennerin der Berliner Wirtschaft. 1995 übernahm sie die Geschäftsführung der Film- und Fernsehgesellschaft POLYPHON, seit 2013 ist sie Vorsitzende der Geschäftsführung. Bei der IHK Berlin ist Frau Dr. Kramm seit 2004 im Präsidium engagiert. Im Jahr 2007 wurde sie zur Vize-Präsidentin gewählt. **Frau Dr. Kramm** richtet anschließend einige persönliche Worte an die Vollversammlung und kündigt an, interessierten Vollversammlungsmitgliedern noch vor der Wahl im März ein Gesprächsangebot zu machen.

Anschließend informiert Herr Dr. Schweitzer zu personellen Veränderungen in der Vollversammlung. **Herr Ulrich Misgeld** ist zum 30. September 2015 aus dem Unternehmen Selux Aktiengesellschaft – Lichttechnische Werke und folglich auch aus der Vollversammlung ausgeschieden. Nachrücker in der Wahlgruppe 1 (Elektrotechnik, Elektronik, metallverarbeitende Industrie) ist **Herr Dr. Andreas Eckert**, Mitglied des Vorstands Eckert & Ziegler Strahlen und Medizintechnik AG.

Außerdem ist **Frau Renate Erbert**, Geschäftsführerin SFT Schule für Tourismus Berlin GmbH aus der Vollversammlung ausgeschieden. Nachrücker in der Wahlgruppe 15 (Bildung, Freizeit) ist **Herr Gerhard Janetzky**, Geschäftsführer der LVG Leichtathletik Veranstaltungen GmbH.

Auch **Frau Lisa Vanovitch**, Geschäftsführerin SPREEdition UG, hat ihr Mandat in der Vollversammlung niedergelegt. Nachrücker in der Wahlgruppe 7 (Einzelhandel und Apotheken) ist **Herr Winfried Damerius**, Geschäftsführer Blumen Damerius GmbH.

Herr Dr. Schweitzer bedankt sich bei den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihr Engagement und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute. Die **Herren Dr. Eckert, Damerius und Janetzky** stellen sich der Vollversammlung kurz vor.

Anschließend informiert Herr Dr. Schweitzer die Vollversammlung über den Antrag Herrn Dobats, die Diskussion über die bevorstehende Schließung des Flughafens Tegel auf die Tagesordnung der Sitzung aufzunehmen. Er schlägt vor, diesen Punkt als ersten unter dem

TOP 5 Aktuelle Themen zu diskutieren. Die Vollversammlung ist mit dem Vorschlag einverstanden.

Bei Eintritt in die Tagesordnung sind 58 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 16. September 2015

Herr Dr. Schweitzer informiert die Vollversammlung über zwei Berichtigungswünsche von Herrn Janßen zum Protokoll. **Herr Eder** schlägt vor, diese dem Protokoll der letzten Sitzung als persönliche Erklärung Herrn Janßens (s. Anlage 2) beizufügen. Herr Janßen ist damit einverstanden.

Die Vollversammlung genehmigt bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung die Niederschrift der Sitzung der Vollversammlung vom 16. September 2015 mit den Berichtigungswünschen von Herrn Janßen, als persönliche Erklärung zu dieser Niederschrift.

TOP 2: Kooptationen

Herr Eder erinnert noch einmal an die Berichte zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zum Thema Kooptationen. Danach sind Kooptationen auch zukünftig weiterhin zur Herstellung der Spiegelbildlichkeit der Wirtschaftszweige in der Vollversammlung zulässig. Allerdings wurden die bisher von der Rechtsprechung entwickelten formalen Voraussetzungen für Kooptationen verschärft. Da offen ist, ob die derzeitigen Kooptationen einer gerichtlichen Überprüfung standhalten würden, haben alle kooptierten Mitglieder der Vollversammlung ihre Mandate niedergelegt. Er bekundet seinen Respekt für diese Entscheidung und bedauert diese sehr, da die Kooptationen ja gerade deshalb durchgeführt worden waren, um wichtige Unternehmer und zusätzliches Know-How in die Vollversammlung einbeziehen zu können. Sie ist aber seiner Meinung nach auch gut nachzuvollziehen.

Herr Dr. Schweitzer bedankt sich anschließend bei den kooptierten Mitgliedern für die bisherige Unterstützung der Arbeit der IHK Berlin. Er schlägt der Vollversammlung vor, den ehemaligen kooptierten Mitgliedern analog zu den Ausschussvorsitzenden ein Gastrecht mit Rede- und Vorschlagsrecht einzuräumen, um auf den großen Sachverstand und den wirtschaftspolitischen Weitblick dieser, für Berlins Wirtschaft wichtigen Unternehmen nicht verzichten zu müssen.

Die Vollversammlung beschließt bei einer Enthaltung, den ehemaligen kooptierten Mitgliedern ein Gastrecht mit Rede- und Vorschlagsrecht in den Vollversammlungssitzungen einzuräumen.

TOP 3: Arbeitsprogramm 2016

Herr Eder geht auf das Arbeitsprogramm für 2016 ein. Die IHK Berlin ist gesetzlich zur Wahrnehmung der Interessen der Berliner Wirtschaft verpflichtet und sollte daher zu allen wirtschaftspolitischen Themen arbeits- und aussagefähig sein. Gleichzeitig legitimiert das von der Vollversammlung beschlossene Arbeitsprogramm die inhaltliche Arbeit der IHK auch in rechtlicher Hinsicht. In den letzten Jahren ist allerdings aus der Mitte der Vollversammlung immer wieder der Wunsch geäußert worden, die Lesbarkeit zu erhöhen. Dies wurde nun in Form und Darstellung umgesetzt. Generalklauseln, die es der IHK Berlin ermöglichen, sich anhand der in ihnen dargelegten und mit der Vollversammlung abgestimmten Grundsätze zu positionieren, sind nach vorne in die Ziele gerückt. Darunter wurden ganz konkret alle Themen und Maßnahmen aufgeführt, bei denen heute schon abzusehen ist, dass die IHK Berlin dazu im Jahr 2016 aktiv wird. Anschließend nennt **Herr Eder** kurz einige wichtige Schwerpunkte in den einzelnen Aktionsfeldern, die das Jahr 2016 bestimmen werden, wie beispielsweise die Wahl des Berliner Senats und damit verbundene Aktivitäten der IHK Berlin.

Die Vollversammlung beschließt einstimmig das Arbeitsprogramm 2016, wie mit Anlage 1 zur Einladung der Sitzung der Vollversammlung vorgeschlagen.

Das finalisierte Arbeitsprogramm wird dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

TOP 4: Finanzen der IHK Berlin: Haushaltsentwicklung 2015, Wirtschaftsplan 2016 und mittelfristiges Erfolgsszenario, Wirtschaftssatzung 2016

Herr Dr. Schweitzer erinnert daran, dass die Beschlussfassung zur Wirtschaftsführung eine der wesentlichsten Aufgaben der Vollversammlung ist. Um der Vollversammlung größtmögliche Transparenz zu bieten und die rechtlichen Vorgaben einzuhalten, wurden zur Vorbereitung dieses Tagesordnungspunktes umfangreiche Unterlagen mit der Einladung versandt.

1. Haushaltsentwicklung 2015

Zunächst berichtet **Frau Witt**, Vorsitzende der Etatkommission, anhand der als Anlage 4 beigefügten Präsentation zur Haushaltsentwicklung 2015. Das Jahresergebnis 2015 weist gegenüber dem Plan einen geringeren negativen Jahresfehlbetrag von 5,76 Mio Euro auf (Folie 3). Wesentliche Aspekte dieser Abweichung von der Planung sind u.a. höhere Mehrerträge bei Beiträgen (+ 0,38 Mio Euro), Mehrerträge bei Gebühren (+ 0,22 Mio Euro) und geringere Zuwendungen für Bildungsprojekte im Jahr 2015 (+3,24 Mio Euro) (Folie 4).

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die **Damen Fischer** und **Witt**, sowie die **Herren Dobat, Hübner** und **Meerstein**. Zunächst wird nach dem Grund für erhöhte Auflösung von Pensionsrückstellungen gefragt. Die Höhe der Pensionsrückstellungen wird anhand von Gutachten ermittelt. Die Zuführungs- und Auflösungsbedarf richtet sich nach der Zahl der Rentenbezieher und der Anwartschaften. Des Weiteren wird die Höhe der Rücklagenentnahme im Zusammenhang mit dem positiven Jahresergebnis hinterfragt. Herr Meerstein erläutert, dass die geplanten Rücklagenentnahmen zweckgebunden sind für die entsprechenden Instandhaltungsmaßnahmen für das LEH, für die Teilabschreibung des LEH-Darlehens, für den Ausgleichsbetrag für die vorzeitige Beendigung des Zinssatz-/Swap-Geschäfts sowie für die Zuwendungen für die Bildungsprojekte. Sie sind daher in der angefallenen Höhe vorzunehmen. Das positive Jahresergebnis resultiert aus Mehrerträgen und Minderaufwendungen des laufenden Haushalts. Anschließend wird nach der Höhe der Rückstellungen für Dienstjubiläen gefragt. Der Zuführungsbedarf errechnet sich aus der Anwartschaften, die sich nach der Betriebszugehörigkeit richten. Die Höhe der Zuführung erklärt sich daraus, dass alle Mitarbeiter zum 31. Dezember 2015 einzubeziehen sind.

2. Wirtschaftsplan 2016

Anschließend geht **Frau Witt** auf die Wirtschaftsplanung für 2016 (Folien 5-12) ein. Der vorliegende Erfolgsplan berücksichtigt noch nicht einen eventuellen Auszug aus dem Ludwig Erhard Haus (LEH). In diesem Falle würde ein Nachtragshaushalt erstellt. Das Jahresergebnis ist mit -9.981.600 € geplant (Folie 6). Dieses Ergebnis resultiert aus verschiedenen Entwicklungen: höhere Betriebserträge durch Mehrerträge aus Beiträgen und Gebühren, geringerem Finanzaufwand durch entfallende Zinsaufwendungen in Folge der Tilgung des LBB-Darlehens in 2015 sowie dem wegfallenden außerordentlichen Aufwand aus der Teilwertabschreibung des LEH-Darlehens und Zinssatz-/Swapgeschäfts (Folie 9). Dem gegenüber steht im Jahr 2016 ein höherer Personalaufwand, der auf 3,5 neu geplanten

Stellen, auf linearen Anhebungen der Gehälter sowie auf zusätzlichen Aushilfen beruht und ein höherer sonstiger betrieblichen Aufwand durch steigende EDV-Aufwendungen zur Digitalisierung der IHK Berlin (Folie 8). Das negative Jahresergebnis 2016 wird durch folgende Entnahmen aus Rücklagen ausgeglichen: aus Rücklagen für bildungspolitische Zwecke (+ 3,93 Mio Euro) aus Rücklagen für Pensionsrisiken außerhalb BilMoG (+ 4,95 Mio Euro) und aus LEH-Instandhaltungsrücklage (+1,10 Mio Euro) (Folie 7). Des Weiteren geht Frau Witt auf die Relation zwischen den Personalkapazitäten und der Zahl der Mitglieder ein. Die IHK Berlin ist mit 0,89 Vollzeitäquivalenten je 1000 Mitgliedern weiterhin die „schlankeste“ IHK.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Frau Witt** sowie die **Herren Dobat, Prof. Dr. Häussler, Jacobus** und **Dr. Schweitzer**. Dabei geht es um die Grundlage für die Berechnung der Relation von Vollzeitäquivalenten je 1000 Mitgliedern. Die persönliche Erklärung Herrn Dobats u.a. zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 5 beigelegt.

3. Mittelfristiges Erfolgsszenario mit Risikodarstellung

Frau Witt gibt abschließend einen Ausblick auf die mittelfristige Erfolgsplanung der IHK Berlin (Folien 12-15) und nennt u.a. die folgenden Punkte: Die Beiträge, Gebühren, Entgelte, unfertige Leistungen, sonstige betriebliche Erträge sind auf Planniveau 2016 fortgeschrieben. Sowohl Material-, und sonstiger Aufwand, als auch Personalaufwand bei den Gehältern und dem SV-Aufwand werden mit einer jährlichen zweiprozentigen Steigerung fortgeschrieben. Die Leasingrate und die Instandhaltung entfallen in diesem Szenario ab 2017. Stattdessen ist eine kalkulatorische Miete in ortsüblicher Höhe von 4 Mio Euro jährlich angesetzt. Finanzerträge und Finanzaufwand sind entsprechend angepasst (Folie 13).

Die Ausgleichsrücklage dient zum Ausgleich aller ergebniswirksamen Schwankungen. Dem Risiko ist mit 35 Prozent der Aufwendungen im Plan 2016 ausreichend Rechnung getragen. Nach dem möglichen Wegfall der Leasingrate in 2017 würde annähernd die zulässige Obergrenze von 50 Prozent erreicht. Kammerpolitisch empfiehlt sich eine Höhe zwischen 30 Prozent und 40 Prozent der Planaufwendungen. Es würde daher eine anteilige Umwidmung von Mitteln in die Rücklage für Risiken Pensionen außerhalb BilMoG in Betracht kommen. Die Risikohöhe der Rücklage zur Vorsorge für die Altpensionsverpflichtungen für Risiken außerhalb BilMoG richtet sich nach aktuellen Prognose-Gutachten von 2015 und steigt damit ggü. dem bisherigen Ansatz u. a. aufgrund der sinkenden Zinssätze an. Das voraussichtliche

Ergebnis 2015 soll dieser Rücklage zugeführt werden (Folie 14). Die vorgesehenen Rücklagenentnahmen sind auf Folie 15 vorgestellt.

Anschließend beschließt die Vollversammlung bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen die Wirtschaftssatzung 2016, so wie in der Anlage 12 zur Einladung vorgeschlagen.

Herr Dr. Schweitzer dankt den Mitgliedern der Etatkommission und Herrn Meerstein und seinen Mitarbeitern für die gute und sorgfältige Arbeit und das große Engagement.

Herr Eder berichtet anschließend über den aktuellen Stand im Rechtsstreit zum LEH und zum aktuellen Stand zum Wohnheim Reichsstraße. Die IHK Berlin hat zum 1. Januar 2016 den Leasingvertrag mit der Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf („ILV“) gekündigt, der Fonds hat dieser Kündigung erwartungsgemäß widersprochen. Die diesbezügliche Entscheidung des Kammergerichts ist im Laufe dieses Jahres zu erwarten. Zurzeit (und möglicherweise auch nach dem Urteil) ist eine außergerichtliche Einigung mit dem Fonds nicht in Sicht, weshalb im Erfolgsfall vor Gericht möglicherweise mit einem Auszug aus dem LEH zu rechnen ist. Hinsichtlich des Darlehensvertrags mit der von Quistorp KG erläutert er, dass deren einziger Vermögensgegenstand das LEH ist und die IHK aufgrund der Bonitätslage des Fonds mit Schwierigkeiten bei der Darlehenszurückzahlung rechnet. Deshalb wurden bereits vorsorglich (VV-Beschluss im Januar 2015) ca. 30 Prozent der Darlehenssumme abgeschrieben. Die Vollversammlung wird in den nächsten Sitzungen weiter informiert.

Abschließend thematisiert Herr Eder das Wohnheim Reichsstraße (WHR), das weiterhin gut ausgelastet ist. Die freiwerdenden Wohnungen werden, wie mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft besprochen, für die Unterbringung von minderjährigen Jugendlichen genutzt. Zurzeit sind im WHR 40 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und außerdem auch 46 syrische Flüchtlinge untergebracht. Der Verkauf der Wohnheim Reichsstraße GmbH an das Land Berlin befindet sich derzeit noch in der Prüfungsphase. Bislang wurden viele Gespräche mit verschiedenen Betreibern, die im Auftrag des Landes Berlin agieren, geführt (u.a. mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, LAGESO und Berlinovo), erste Ergebnisse sind voraussichtlich Ende Januar zu erwarten.

TOP 5: Regularien

1. Änderung der Anlage zur Gebührenordnung (Gebührentarife) und Neufassung der Sachverständigenordnung der IHK Berlin

Für die Gebühren bei den IHKs gilt, dass sie grundsätzlich vollkostendeckend zu kalkulieren sind. Es gibt jedoch einige Ausnahmen, für die von der Vollversammlung geringere Kostendeckungsgrade beschlossen wurden, z.B. bei den Betreuungsgebühren in der Ausbildung. **Herr Irrgang** berichtet, dass die IHK Berlin im Jahr 2015 sämtliche Gebührentatbestände evaluiert und hinsichtlich ihrer Kostendeckungsgrade geprüft hat. Die Evaluation hat ergeben, dass bei einigen Gebührentatbeständen die vereinbarten Kostendeckungsgrade nicht mehr erreicht werden. Die IHK Berlin wird nun mit einer Reihe von Maßnahmen (Reduzierung von Verwaltungsaufwänden, Zusammenlegung von Gebührentatbeständen, Einführung von Rahmengebühren und mit Gebührenanhebungen) eine Vollkostendeckung bzw. den Ziel-Kostendeckungsgrad bei den betroffenen Gebühren anstreben. Dieser Prozess wird in diesem Jahr weitergeführt. In vier Sachgebieten sind die Prüfungen aber bereits abgeschlossen, so dass die Gebühren bereits geändert werden sollen. Bei der Unterrichtung und Prüfung Sach- und Fachkunde sollen Gebühren angehoben, Gebührentatbestände zusammen gelegt und Rahmengebühren eingeführt werden. Bei der Beratung im Vorfeld der Ausstellung von Außenwirtschaftsdokumenten ist der zeitliche Aufwand der Beratung - aufgrund der gestiegenen Nachfrage bei den Existenzgründern und Start-ups - deutlich gestiegen. Zur Abdeckung dieses gestiegenen Aufwands müssen die Gebühren entsprechend angehoben werden. Bei der Bestellung und Überprüfung ihrer öffentlich bestellten Sachverständigen stellt die IHK Berlin sehr hohe Ansprüche, um ein professionelles Sachverständigenwesen zu gewährleisten. Da der zeitliche Aufwand eines Verfahrens zur Bestellung eines Sachverständigen sehr variieren kann, wird eine Rahmengebühr eingeführt. Die Vollversammlung nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass bei der Festsetzung der konkreten Gebühren berücksichtigt wird, ob eine Abwanderung der Sachverständigen zu anderen Bestellungskörperschaften zu befürchten ist. In diesen Fällen kann von einer vollkostendeckenden Festsetzung abgesehen werden. Im Verfahren um die Erteilung von Versicherungsvermittlererlaubnissen nimmt die IHK Berlin eine Aufsichtsfunktion wahr. Mit einem neuen Gebührentatbestand soll der Aufwand der IHK Berlin bei der Wahrnehmung dieser Funktion abgedeckt werden.

Die Vollversammlung stimmt bei drei Enthaltungen und drei Gegenstimmen der Änderung der Anlage zur Gebührenordnung (Gebührentarife), wie mit Anlage 13 zur Einladung vorgeschlagen, zu.

Anschließend beschließt die Vollversammlung bei einer Enthaltung die Neufassung der Sachverständigenordnung, wie in Anlage 15 zur Einladung vorgeschlagen.

2. Bildungsprojekte

Herr Dr. Schweitzer informiert die Vollversammlung, dass **Herr Lüske** sich entschlossen hat, seine Mitgliedschaft im Lenkungskreis Bildungsprojekte aus zeitlichen Gründen nicht fortzusetzen. Er bedankt sich bei Herrn Lüske für seine engagierte Arbeit im Lenkungskreis. Für seine Nachbesetzung im Lenkungskreis schlägt er **Herrn Rainer Frohloff**, besonders bestellter Bevollmächtigter der Foto Frohloff, Inh. Jan van Kruijssen e.K., vor. Herr Frohloff ist seit 2004 Mitglied der Vollversammlung und gehört derselben Wahlgruppe an wie Herr Lüske. Er ist sehr engagiert in verschiedenen Netzwerken der Berliner Wirtschaft und hat auch selbst Erfahrung in der Ausbildung. Herr Frohloff stellt sich der Vollversammlung kurz vor.

Für die Nachbesetzung im Lenkungskreis gibt es keine weiteren Kandidaten.

Die Vollversammlung beschließt einstimmig, die Wahl für die Nachbesetzung im Lenkungskreis offen durchzuführen. Anschließend wählt die Vollversammlung bei einer Enthaltung Herrn Frohloff in den Lenkungskreis.

Herr Frohloff nimmt die Wahl an.

Des Weiteren informiert **Herr Dr. Schweitzer** die Vollversammlung, dass im Lenkungskreis zwei Mitglieder sind, die kooptierte Vollversammlungsmitglieder waren – Herr Dr. Zeug und Herr Wilkens. Da die Mitgliedschaft im Lenkungskreis nach dessen Verfahrensordnung an eine Mitgliedschaft in der Vollversammlung geknüpft ist, schlägt er vor, die Verfahrensordnung des Lenkungskreises zu ergänzen, um auch Gäste der Vollversammlung als Mitglieder des Lenkungskreises zuzulassen (s. Anlage 6), und anschließend beide Herren in ihrer Eigenschaft als Gäste in den Lenkungskreis zu wählen.

Die Vollversammlung beschließt zunächst bei drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen, die Verfahrensordnung des Lenkungskreises um Gäste der Vollversammlung zu erweitern.

Anschließend beschließt die Vollversammlung einstimmig, die Wahl von Herrn Zeug und Herrn Wilkens in den Lenkungskreis offen durchzuführen. Sodann wählt die Vollversammlung Herrn Zeug bei drei Enthaltungen und Herrn Wilkens bei vier Enthaltungen erneut in den Lenkungskreis Bildungsprojekte.

Herr Zeug und Herr Wilkens nehmen die Wahl an.

Herr Dortans berichtet kurz zum Sachstand und zum weiteren Vorgehen bezüglich der zweiten Förderrunde Bildungsprojekte (Anlage 7). Beim zweiten Förderaufruf wurden die Kriterien noch einmal geschärft. In diesem Ausschreibungszeitraum wurden 119 Skizzen eingereicht. Das beantragte Gesamtfördervolumen beträgt rund 52,8 Mio Euro. Wie von der Vollversammlung gewünscht, liegt rund ein Drittel der Anträge im Bereich unter 250.000 Euro. Bei der Bewertung dieser Skizzen werden vor allem Innovation und Ideen als Kriterien mehr Gewicht bekommen. So bekommen auch neue Akteure und ehrenamtliche Organisationen erhöhte Chancen auf eine Förderung. Auch die Anzahl der Anträge, die auf eine Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt abzielen, ist deutlich höher geworden. Dann geht Herr Dortans auf das weitere Vorgehen bei der zweiten Förderrunde ein. Im Januar und Februar werden die eingereichten Skizzen gesichtet und in der Lenkungskreissitzung am 22. Februar die Projekte ausgewählt, die einen Vollertrag stellen dürfen. Das Verfahren wird bis zur Vollversammlungssitzung im Juni dieses Jahres abgeschlossen.

Herr Eder berichtet kurz zum Talente-Check-Salzburg, der Jugendlichen Informationen und Orientierung für den beruflichen Weg bietet und ihnen so schon im Schulalter eine erste positive Erfahrung mit der Wirtschaft und einer IHK ermöglicht. Diese Initiative ist eine Kooperation der Wirtschaftskammer Salzburg mit dem Land Salzburg und dem Landesschulrat für Salzburg. Bei den Schülern und Jugendlichen werden in verschiedenen Trainings und Workshops ihre Talente geprüft und durch Psychologen ausgewertet. Die Ergebnisse werden anschließend den Schülern sowie deren Eltern zur Verfügung gestellt und sollen ihnen bei deren beruflichen Orientierung helfen (www.talentecheck-salzburg.at). Herr Eder bewertet dieses Projekt sehr positiv. Eine ähnliche Initiative könnte aus den Mitteln für Bildungsprojekte als Pilotprojekt auch für Berlin gestartet werden, so die Vollversammlung dies für eine interessante Idee hält.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Frau Köstner** sowie die **Herren Dreusicke** und **Eder**. Die Idee findet große Unterstützung. Da es in Berlin in den Schulen große Mängel bei der Berufsorientierung gibt, könnte eine solche Initiative für die Schüler bei deren beruflicher Orientierung sehr hilfreich sein.

TOP 6: Aktuelle Themen

1. Aktuelle Themen aus der Vollversammlung - Offenhaltung Tegel

Herr Dobat erläutert der Vollversammlung seinen Antrag auf erneute Diskussion zur bevorstehende Schließung des Flughafens Tegel. Berlin hat mit Tegel einen funktionierenden Flughafen, der von Berlinern, der Geschäftswelt und auch von Besuchern geschätzt wird. Eine TED-Umfrage der B.Z. hat ergeben, dass sich die Mehrheit der 1000 Befragten für eine Offenhaltung Tegels ausgesprochen hat. Er setzt sich für eine Volksbefragung zu diesem Thema ein und fordert die IHK Berlin auf, ihre Position zur Nachnutzung von Tegel erneut zu diskutieren. Auch die Berliner Politik soll ihre Entscheidung zur Schließung von Tegel erneut auf den Prüfstand stellen. Als Gründe gegen die bevorstehende Schließung von Tegel nennt er u.a. die mangelnde geplante Kapazitäten des BER, gesunkene Lärmbelastung sowie eine Vermeidung der Zerstörung bestehender Infrastruktur. Er schlägt vor, zu diesem Thema eine außerordentliche Sitzung der Vollversammlung im Februar einzuberufen.

Herr Wiesenhütter geht zunächst auf drei Bedingungen ein, die ein Weiterbetrieb des Flughafens Tegel voraussetzen würde: die Änderung des gemeinsamen Landesentwicklungsplanes Flughafenstandortentwicklung, die Aufhebung des Widerrufs der Betriebsgenehmigung von 2004 und eventuell eine erneute Planfeststellung bzw. Plangenehmigung für Tegel und den BER. Laut dem deutschen Fluglärmgesetz (FlugLärmG) in seiner aktuellen Fassung von Februar 2007 sind alle Anwohner von Flughäfen berechtigt, Lärmschutz anzufordern. Ausgenommen wurden explizit Flughäfen, die innerhalb von 10 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes ohnehin geschlossen werden und das Verwaltungsverfahren dafür bereits begonnen hat (was auf Tegel zutrifft). Auf Basis dieses befristeten Bestandsschutzes haben die Gerichte bisher alle Klagen von Tegel-Anwohnern abgewiesen. Nach dem Ende dieser Frist werden die Flughäfen nach dem neuen Gesetz in der Pflicht, Lärmschutzbereiche auszuweisen und Schallschutz umzusetzen. Rund 300.000 Menschen in Berlin könnten dann passiven Schallschutz für ihre Wohnungen einfordern. Den geschätzten Aufwand von 2,0 bzw. 2,5 Milliarden Euro dafür müssten dann die Gesellschafter des neuen Hauptstadtflughafens, der Bund sowie die Länder Berlin und Brandenburg tragen. Außerdem geht Herr Wiesenhütter auf das Thema Flughafenkapazitäten ein. Die IHK Berlin verfolgt dieses Thema sehr aufmerksam. Der Planfeststellungsbeschluss ist für 360.000 Flugbewegungen pro Jahr ausgelegt. Während in den letzten 10 Jahren die Fluggastzahlen um mehr als 71 Prozent angestiegen sind, haben

die Flugbewegungen nur um rund 8 Prozent zugenommen. Der Aufsichtsrat des BER hat daher im September 2015 die ersten Entscheidungen getroffen. Damit wurde ein 65-Millionen-Euro-Paket gesichert, das den Verkehrszuwachs in Schönefeld bis zur Eröffnung des BER absichert, den Bau des Regierungsflughafens ermöglicht und den mittelfristigen Ausbau des Standortes bis 2023 einleitet. **Herr Eder** ergänzt, dass sich die eventuelle erneute Diskussion zur Offenhaltung des Flughafens Tegel in einem rechtssicheren Raum bewegen muss. Dabei soll sichergestellt werden, dass die rechtlichen Grundlagen für BER nicht angegriffen werden. Außerdem hebt er das Projekt Tegel Urban Republic, das u.a. auch von der Vollversammlung vorgeschlagen und mitgetragen wurde, hervor.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Frau Seidel** sowie die **Herren Bahner, Dobat, Domeyer, Eder, Eckert, Frohloff, Keddig, Klussmann, Peter, Dr. Schweitzer, und Tepasse**. Die Befürworter der Offenhaltung Tegels setzen sich für eine erneute Diskussion in der Vollversammlung ein. Tegel ist ein wichtiger Flughafen, deswegen soll zumindest über eine Alternativnutzung nachgedacht werden. Die Befürworter der Schließung Tegels erinnern erneut an die derzeitige rechtliche Lage, die nicht angegriffen werden sollte, um dem Hauptstadtflughafenstandort nicht zu gefährden. Da das Thema im Wahljahr eine wichtige Rolle in der Berliner Politik spielen wird, ist sich die Vollversammlung einig, dass schnell gehandelt werden soll. Herr Dr. Schweitzer sagt zu, unter Beteiligung der drei Ausschüsse Verkehr, Infrastruktur und Stadtentwicklung und Tourismus eine Diskussionsrunde einzuberufen, um alle relevanten Gesichtspunkte für eine weitere Diskussion in der März Sitzung vorzubereiten. Er betont, dass eine IHK-Position – insbesondere in zentralen Fragen der Wirtschaftspolitik – hieb und stichfest sein muss. Die Vollversammlung wird das Thema in der März Sitzung wieder aufgreifen.

2. Bericht aus den IHK Gremien

a) Bericht aus dem DIHK

Herr Dr. Schweitzer berichtet über die Aktivitäten des DIHK zum Thema Integration geflüchteter Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Es ist wichtig, dass sich die Wirtschaft für dieses Thema einsetzt. Diese Integration wird ein langwieriger Prozess mit vielen Hindernissen. Er betont dabei, dass das Thema Integration von Flüchtlingen vom Thema Zuwanderung zu trennen ist.

Außerdem berichtet er kurz zu den Diskussionen zum Thema Erbschaftsteuer, die in der derzeitigen Planung dramatische Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft haben würde.

b) Berichte aus den Ausschüssen

Herr Meyer, Vorsitzender des Ausschusses Infrastruktur, Stadtentwicklung und Bau berichtet, dass sich der Ausschuss mit den wichtigsten Industrie- und Innovationsstandorten beschäftigt hat (s. Anlage 8). Vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt und der damit eingehenden Flächenkonkurrenzen wurden diese Gewerbegebiete hinsichtlich Anbindung, Flächenpotenzial und Kooperation mit der Wissenschaft untersucht. Zusammen mit den Akteuren vor Ort wurden auch die Stärken und Defizite ermittelt und ein Positionspapier erarbeitet. Aus der Analyse der Ergebnisse ergibt sich die Forderung nach einem Berliner Gesamtkonzept für innovationsbasierte Industriestandorte von morgen.

Herr Dr. Schweitzer bedankt sich beim Ausschuss Infrastruktur, Stadtentwicklung und Bau für die gute Arbeit.

Herr IJSpeert, Vorsitzender des Ausschusses Außenwirtschaft, berichtet der Vollversammlung, dass die IHK Berlin eine Umfrage zu internationalen Geschäftsaktivitäten und –plänen der Berliner Unternehmen durchgeführt hat (s. Anlage 9). Ziel der Umfrage ist u.a. die Fokussierung der Aktivitäten der IHK Berlin auf die wichtigsten Berliner Auslandsmärkte. Die Ergebnisse dieser Umfrage wurden in der Novembersitzung des Ausschusses Außenwirtschaft diskutiert und werden weitgehend in ein neues Strategiekonzept der IHK Berlin einfließen, um den Berliner Unternehmen gezieltere Angebote im Außenwirtschaftsservice machen zu können.

Herr Dr. Schweitzer bedankt sich beim Ausschuss Außenwirtschaft für diese Initiative.

3) Bericht zur Initiative Berlin 2030

Herr Eder informiert die Vollversammlung, dass die Studie “Berlin 2030“ nun veröffentlicht wurde und ein gutes Echo sowohl in der Presse als auch in der Berliner Politik bekommen hat. Die Studie ist eine Bestandaufnahme mit Handlungsempfehlungen zu einer intelligenten Wachstumsstrategie Berlins. Hierzu hat es bereits ein Gespräch mit dem Regierendem Bürgermeister gegeben, der die Ansätze dieser Initiative begrüßt hat.

4) Europapolitische Positionen der IHK Organisation 2016

Herr Wiesenhütter berichtet der Vollversammlung über den diesjährigen Konsultationsprozess bei der Erarbeitung der Europapolitischen Positionen der IHK Organisation, an dem sich auch die IHK Berlin umfassend beteiligt. Er bietet den Vollversammlungsmitgliedern an, ihre eventuellen Anmerkungen dem Hauptamt zukommen zu lassen. Die Europapolitische Positionen sollen in der Junisitzung der Vollversammlung verabschiedet werden. Außerdem informiert er die Vollversammlung, dass die

Wirtschaftspolitischen Positionen der IHK Organisation dieses Jahr nicht überarbeitet werden. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 10 beigefügt.

TOP 7: Verschiedenes

Herr Eder kündigt an, dass zur Vorbereitung der nächsten Vollversammlungswahl eine Arbeitsgruppe mit interessierten Vollversammlungsmitgliedern einberufen wird, die sich mit den rechtlichen Grundlagen befassen und damit auch die Beschlussfassung der Vollversammlung zu diesen Themen vorbereiten soll.

Herr Dr. Schweitzer erinnert die Vollversammlung, dass in der Märzsitzung ein neuer Präsident gewählt wird und bittet um zahlreiches Erscheinen. Außerdem kündigt er an, dass auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Herr Michael Müller, zu Gast sein wird. In der Junisitzung wird die Vollversammlung den Finanzsenator Herrn Kollatz-Ahnen begrüßen.

Herr Dr. Schweitzer schließt die Sitzung um 17:15 Uhr.

Berlin, den 25. Januar 2016



Dr. Eric Schweitzer
Präsident



Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Anlagen:

Anlage 1: Teilnehmerliste

Anlage 2: Persönliche Erklärung Herr Janßen

Anlage 3: Arbeitsprogramm 2016

Anlage 4: Präsentation Finanzen der IHK Berlin

Anlage 5: Persönliche Erklärung Herr Dobat

Anlage 6: Verfahrensordnung des Lenkungskreises Bildungsprojekte

Anlage 7: Präsentation Bildungsprojekte

Anlage 8: Präsentation Bericht aus dem Ausschuss Infrastruktur, Stadtentwicklung und Bau

Anlage 9: Präsentation Bericht aus dem Ausschuss Außenwirtschaft

Anlage 10: Präsentation Europapolitische Positionen der IHK Organisation 2016